

IHK-Ausschuss „Energie | Umwelt“

Leitlinien für die Wahlperiode 2025–2029

– Gemeinsam nachhaltig wirtschaften –

Mitglieder

- Personen in Inhaber-, Vorstands-, Geschäftsführungs- oder Bevollmächtigten Funktion von IHK-zugehörigen Unternehmen sowie leitende Mitarbeitende von Unternehmen und Institutionen mit starkem Bezug zu energie- oder umweltrelevanten Themen können Mitglied sein.
- Mitglieder werden auf gemeinsamen Vorschlag des Ausschussvorsitzenden und des Geschäftsführers durch die IHK-Vollversammlung berufen. Nachberufungen können einmal jährlich erfolgen.
- Bei der Mitgliederstruktur des Ausschusses wird auf eine repräsentative Auswahl von Unternehmen im Hinblick auf Branchen, Betriebsgrößen, Regionalverteilung, Betroffenheit und Sachverstand geachtet.

Vorsitz:	Robert Späth
Stellvertretung:	Anna Sembach
Geschäftsführung:	Dr. Ronald Künneth

Auftrag | Mission

Der gesetzliche Auftrag und die Mitgliedschaft aller gewerblichen Unternehmen verpflichten und legitimieren die IHK-Organisation in besonderer Weise, Position zu beziehen für das Gesamtinteresse der Wirtschaft. Nachhaltigkeitsaspekten werden mit Blick auf die unternehmerische Verantwortung hierbei besondere Aufmerksamkeit geschenkt

Der IHK-Ausschuss „Energie und Umwelt“ nimmt die Anliegen der Unternehmen auf und berät die IHK-Vollversammlung mit dem Ziel der Einflussnahme auf Politik und Verwaltung sowie auf die regionale Entwicklung.

Ziel | Vision

Wir tragen dazu bei

- Schonung von Umwelt und Ressourcen mit Wohlstand und Beschäftigung in Einklang zu bringen
- Mittelfranken zu einer führenden Region in den Sektoren Energie und Umwelt zu entwickeln

Grundpositionen

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik fördern

Das Gesamtinteresse der Wirtschaft entspricht einer Politik, die sich für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Ziele stark macht. Der Ausschuss „Energie | Umwelt“ unterstützt Anstrengungen für mehr Klima- und Umweltschutz, beispielsweise im Rahmen der deutschen Energiewende. Hierbei ist wesentlich, dass in jeder Phase der Umsetzung die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau erhalten bleibt und das Preisniveau nicht zu einer Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird. Der europäische Clean Industrial Deal/Green Deal sollte so ausgestaltet werden, dass er als Treiber für Wertschöpfung und Wohlstand in Europa wirkt.

Standortbedingungen verbessern

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik muss wettbewerbsfähige Standortbedingungen schaffen. Wichtige Aspekte sind der Rückbau unnötiger Vorschriften, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Verwaltungsvereinfachung, die Sicherung bzw. Stärkung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie die Förderung von Markt und Wettbewerb.

Selbstverantwortung der Wirtschaft stärken

Die Selbstverantwortung der Unternehmen wird auch im Umweltschutz und bei der Energieeffizienz gefördert. Freiwillige Instrumente auf belastbarer Basis haben Vorrang vor staatlicher Regulierung. Wo immer möglich, ist zur Sicherung der Energieversorgung und zur Lösung von Umweltproblemen auf den Markt zu setzen. Rechtliche Regelungen sollten geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein sowie auf einer sorgfältigen Folgenabschätzung beruhen.

Internationale Harmonisierung anstreben

Die wichtigsten Herausforderungen – wie beispielsweise der Klimaschutz – können nur durch globale Anstrengungen gelöst werden. Daher sind Ziele, Strategien, Instrumente und Maßnahmen der Energie- und Umwelt-/Klimaschutzpolitik besser als bisher international abzustimmen und die Lasten fair zu teilen. Eine internationale Vorbildfunktion sollte sich auf Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft, beispielsweise in Form von innovativen Projekten, konzentrieren.

Regionale Kernkompetenz „Energie und Umwelt“ stärken

Der Bereich „Energie und Umwelt“ gehört zu den technologischen Kompetenzfeldern, die im Entwicklungsleitbild der Europäischen Metropolregion Nürnberg definiert sind. Im Sinne der strategischen Ausrichtung der Clusterpolitik („die Stärken stärken“) gilt es, dieses Zukunftsfeld im globalen Wettbewerb durch Bündelung der regionalen Kräfte bestmöglich zu entwickeln. In Mittelfranken arbeiten rund 80.000 Beschäftigte in mehreren tausend Unternehmen in den Branchen Energie und Umwelt. Der Ausschuss Energie | Umwelt setzt

sich dafür ein, die regionale Wertschöpfung und Infrastruktur in diesen Sektoren zu sichern bzw. zu stärken.

Aufgaben

- **Meinungsbildung, Positionierung** und strategische Beratung der IHK-Vollversammlung zu energie- und umweltpolitischen Themen
 - **Interessenvertretung** der regionalen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
 - **Kooperation mit anderen IHK-Gremien und regionalen Netzwerken**, um Synergien zu nutzen und Themen gemeinsam voranzubringen
 - **Planung und Begleitung von Sitzungen, Unternehmensbesuchen und Fachveranstaltungen**, um Wissenstransfer und Praxisbezug sicherzustellen
 - **Vernetzung und Austausch der Ausschussmitglieder** untereinander: Erfahrungsweitergabe, Diskussion aktueller Entwicklungen und gezieltes Networking
-

Zusammenarbeit

- Zwei- bis drei Treffen im Jahr – ggf. in Kooperation mit anderen Ausschüssen
 - Hohe Präsenz (> 50 Prozent) und aktive Mitarbeit wird erwartet
 - Offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Ausschuss
 - Kurzes Ergebnisprotokoll der Sitzungen durch die Geschäftsführung. Dieses wird im Ehrenamt-Net hinterlegt.
 - Die Ausschuss-Mitglieder können im Ehrenamt-Net individuelle Profile hinterlegen, um untereinander die Vernetzung zu unterstützen.
 - Der Ausschuss „Energie und Umwelt“ vertritt auch dann einen Standpunkt, wenn Interessengegensätze aufeinanderstoßen. In diesem Fall werden die unterschiedlichen Positionen abwägend und ausgleichend berücksichtigt und der so gefundene Standpunkt öffentlich vertreten.
-

Arbeitsschwerpunkte 2025 | 2029

1. Energiewende wirtschaftlich gestalten

- CO₂-Reduktion in Unternehmen fördern, ohne die Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Energiepreise zu gefährden
 - Regionalen Netz- und Speicherausbau vorantreiben, um eine sichere und digital gesteuerte Energieversorgung („Energie 4.0“) zu ermöglichen
 - Marktbasierte Instrumente wie Green Power Purchase Agreements (PPAs) stärken, um langfristige, nachhaltige Stromversorgung wirtschaftlich abzusichern
-

- Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirtschaft unterstützen und klimafreundliche Mobilitätslösungen fördern, um die Energiewende technologieoffen und praxisnah mitzugestalten

2. Nachhaltige Wirtschafts-|Industriepolitik unterstützen

- *Clean Industrial Deal* der EU als Orientierungsrahmen für eine wettbewerbsfähige, klimaneutrale Wirtschaft umsetzen
- Nachhaltigkeitsberichterstattung in die Unternehmenspraxis pragmatisch integrieren
- EU-Nachhaltigkeitsstrategie im Chemikalienrecht (z. B. REACH-Novelle 2025ff) wirtschaftsfreundlich umsetzen

3. Ressourceneffizienz & Kreislaufwirtschaft fördern

- Stärkung der Kreislaufwirtschaft: Produktverantwortung, Abfallentsorgung und Kunststoffregulierungen praxisnah gestalten
- Maßnahmen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz in Unternehmen unterstützen
- Entsorgungssicherheit für Gewerbeabfälle einfordern

4. Praxisbezug und Wissenstransfer stärken

- Erfolgreiche Praxisbeispiele für nachhaltiges Wirtschaften in der Region identifizieren und diskutieren
- Unternehmensbesuche durch den Ausschuss: Gute Lösungen in der Umsetzung energie- und umweltpolitischer Vorgaben sichtbar machen
- Forschung, Entwicklung und Technologietransfer im Bereich Energie und Umwelt gezielt fördern, um Innovationen in der Region schneller in die Praxis zu bringen
- Nutzung digitaler Technologien in den regionalen Energie- und Umweltsektoren fördern

5. Kooperationen und Austausch ausbauen

- Dialog mit kommunalen Entscheidern stärken, um regionale Klimaschutz- und Transformationsprozesse wirtschaftsfreundlich mitzugestalten
- Behörden für einen wirtschaftsnahen Vollzug sensibilisieren: Ermessensspielräume nutzen und unternehmensfreundlich auslegen
- Enge Zusammenarbeit mit dem IHK-Ausschuss „Industrie | Forschung | Technologie“ bei gemeinsamen Zukunftsthemen